

Rüstung für Nahost Eine deutsche Werft will ihre Produkte loswerden – offenbar egal wie.

Lösung im Dauerstreit um Patrouillenboote

Statt nach Saudi-Arabien liefert die Lürssen-Gruppe jetzt nach Ägypten / Linke kritisiert Aufrüstung der Mittelmeerstaaten

VON ANDREAS NIESMANN

Nach einem fast zwei Jahre andauernden Tauziehen gibt es eine Lösung im Streit um zehn ursprünglich für Saudi-Arabien bestimmte Patrouillenboote, die auf der Peene-Werft in Wolgast gebaut worden sind und wegen eines Rüstungsexportstopps der Bundesregierung nicht ausgeliefert werden durften. Einen entsprechenden Agenturbericht bestätigte die Bremer Lürssen-Gruppe, zu der die Peene-Werft gehört, auf Nachfrage. Demnach werden die bereits fertiggestellten Boote nun nach Ägypten verkauft.



Ägypten kann die neuen Schiffe für die Kontrolle seiner Küstenlinie gebrauchen – hier ein Archivbild von Suezkanal.

AFP

„Wir freuen uns, mit der ägyptischen Marine einen Vertrag über die Lieferung der zehn am Lürssen-Standort Wolgast gefertigten Küstenwachboote abgeschlossen zu haben“, sagte ein Sprecher der Werftengruppe. Die Boote seien für Aufgaben des ägyptischen Küstenschutzes konzipiert. „Dies sind beispielsweise der Schutz sensibler Offshoreanlagen, die Verhinderung von Schmuggel, die Eindämmung der Piraterie sowie die Seenotrettung“, so der Sprecher weiter. Darüber hinausgehende Informationen wollte er unter Verweis auf Vertraulichkeitsvereinbarungen nicht mitteilen.

Auch die Bundesregierung hüllt sich offiziell in Schweigen. Die Deutsche Presse-Agentur berichtete über ein Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) an den Wirtschaftsausschuss des Bundestages, in dem dieser die Abgeordneten über die Genehmigung des etwa 130 Millionen Euro umfassenden Geschäfts informiert.

Das Waffenembargo gegen Saudi-Arabien hatte die Bundesregierung im November 2018 nach der Tötung des regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Generalkonsulat in Istanbul verhängt und drei Mal verlängert, zuletzt bis zum 31. Dezember 2020.

Begründet hatte Berlin die Entscheidung allerdings mit der

Beteiligung Saudi-Arabiens am Jemenkrieg. In ihrem Koalitionsvertrag hatten CDU, CSU und SPD sich auf einen Rüstungsexportstopp für alle „unmittelbar“ am Jemenkrieg beteiligten Länder verständigt.

Allerdings ist auch Ägypten Teil der von Saudi-Arabien geführten Allianz arabischer Staaten, die seit 2015 im Jemen die

von Iran unterstützten Huthi-Rebellen bekämpft. Die Linke wirft deswegen Union und SPD vor, gegen den eigenen Koalitionsvertrag zu verstoßen. „Die neuen Genehmigungen sind angesichts der Beteiligung Ägyptens am Jemenkrieg skrupellos und ein erneuter Bruch des Koalitionsvertrags“, sagte die Linken-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen, der dpa. „Die

Bundesregierung muss aufhören, die Mittelmeeranrainerstaaten immer weiter aufzurüsten“, forderte sie.

Für den Werftenstandort Wolgast allerdings ist die Entscheidung eine gute Nachricht. Nach Medienberichten hatte Saudi-Arabien insgesamt 35 Patrouillenboote bei der Peene-Werft bestellt, auch wenn diese Zahl nie offiziell

Die Diktatur im Schatten der Pyramiden

Bald zehn Jahre nach der Revolution ist die Menschenrechtslage in Ägypten schlimmer als sie es zuvor war

VON CHRISTOPH ZEMPEL

Am schlimmsten Tag seines Lebens steht Hosam El-Hamalawy auf dem Flughafen von Kairo. Unerwartet übersteht er die Passkontrolle, bleibt stehen und bricht in Tränen aus. Es ist Oktober 2015 und der Ägypter weiß: Es ist vielleicht das letzte Mal, dass er sein Heimatland sieht. Nichts hat er je als einschneidender empfunden. Nicht einmal den Tod seines Vaters oder die Folter, die ihm der ägyptische Inlandsgeheimdienst antat.

So erzählt es der 43-Jährige fünf Jahre später in Berlin. Zu bleiben, sagt er heute, war für ihn keine Option. „Ich wusste, es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie mich holen.“ Mit „sie“ meint er den ägyptischen Sicherheitsapparat. Als Journalist und Kritiker des Militär-Regimes um Präsident Abdel Fattah al-Sisi war El-Hamalawy in seinem Land akut gefährdet. Ihm drohte, was für Tausende Realität ist: politische Gefangenschaft.

Bald zehn Jahre nach der Revolution und dem Sturz des Ex-Machthabers Hosni Mubarak hat sich die Menschenrechtslage in Ägypten massiv verschlechtert. Human Rights Watch sprach bereits 2016 von 60 000 Menschen, die al-Sisi seit seiner Machtübernahme 2013 einsperren ließ. Inzwischen dürften es 70 000 sein.

„Kritik am Regime bedeutet Lebensgefahr“

Aus Sorge um die politische Lage riefen kürzlich fast 280 westliche Abgeordnete al-Sisi in Briefen dazu auf, Menschenrechte zu wahren und politische Gefangene freizulassen. Eine der Unterzeichnerinnen ist FDP-Politikerin Gyde Jensen, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag: „Wer in Ägypten Kritik am Regime übt, der gerät sich in Lebensgefahr“, sagt sie. Verfolgt seien in den vergangenen Wochen

hingerichtet worden. „Oder sie siechen unter vollkommen menschenunwürdigen Bedingungen in Gefängnissen dahin“, so Jensen. Rechtsstaatliche Verfahren gebe es für Kritiker nicht, Folter sei an der Tagesordnung.

Gerade Letzteres war bereits unter Präsident Mubarak so. Das weiß El-Hamalawy aus eigener Erfahrung. Im Jahr 2000 kidnappten ihn Mitarbeiter des damaligen Inlandsgeheimdienstes (SSIS) auf der Straße. Gefesselt, nackt und mit verbundenen Augen musste er eine Nacht lang Gewalt über sich ergehen lassen. Während er am Boden lag, traten und schlugen sie immer wieder auf ihn ein, malträtierten seinen Körper. Alles, weil er gegen das Regime demonstriert hatte. Doch anders als viele Häftlinge heute musste er die Qualen nicht Monate, sondern „nur“ einen Tag ertragen. Er ist sicher: „Die Lage ist schlimmer als vor der Revolution.“

Seit 2017 gilt in Ägypten landesweit Ausnahmezustand. So

könnten weite Teile der Verfassung ausgehebelt werden, erklärt Politikwissenschaftler Thomas Demmelhuber. „Das Regime kennt nur die Unterscheidung zwischen ‚für‘ oder ‚gegen uns‘.“ Wer kein Fürsprecher sei, werde schnell zum Staatsfeind und sehe sich systematischer Repression ausgesetzt. „Das ist in der Tat eine massive Zuspitzung der Situation im Vergleich zu den letzten Regierungsjahren unter Mubarak.“

Mittlerweile reichen kritische Posts im Netz, um zu Haftstrafen verurteilt zu werden. Im Fall des Menschenrechtlers Bahai al-Din Hassan etwa sind es 15 Jahre. Er hatte die Folter in Ägypten moniert. Die al-Sisi-Regierung habe daraus gelernt, dass das Mubarak-Regime die sozialen Medien unterschätze und auferüstet, sagt Demmelhuber. Mittlerweile, so Human Rights Watch, werde jede Form der Opposition mit Terrorismus gleichgesetzt. „Es ist das paranoideste Regime, das das Land je erlebt hat“, sagt El-Hamalawy.

Ägyptens Regierung weist derlei Kritik regelmäßig zurück und betont die erhöhte Terrorgefahr im Land. Der Blick auf Ägypten aus europäischer Perspektive sei unfair, beklagte al-Sisi 2019.

Land ist Hauptempfänger deutscher Kriegswaffen

Unterstützung aus Europa bekommt sein Land dennoch. Auch die Bundesregierung pflegt gute Beziehungen zu Ägypten. Die Militärdiktatur gehöre zu den Ländern, gegenüber denen die Bundesregierung die verheerende Menschenrechtslage nur pflichtschuldig in Standardphrasen anspreche, sagt FDP-Politikerin Jensen. Das sei vollkommen unangemessen und müsse sich ändern.

Ebenso pikant: das Thema Waffenverkäufe an al-Sisis Regime. „Es ist überfällig, dass wir über deutsche Rüstungsexporte nach Ägypten eine offene Debatte führen“, so die Freidemokratin.

Tansanias Bulldozer

Präsident Magufuli unterdrückt Proteste gegen seine Wiederwahl mit Polizeigewalt

VON JOHANNES DIETERICH

Tansanias Präsident John Magufuli, im Volksmund auch „der Bulldozer“ genannt, lässt die Kritik an seiner umstrittenen Wiederwahl mit Polizeigewalt niederwalzen. Nachdem die Oppositionspartei Chadema für Montag zu Protesten gegen den Mitte vergangener Woche veranstalteten Urnengang aufgerufen hatte, nahm die Polizei im Verlauf des Montags mehr als 40 führende Oppositionsmitglieder fest – darunter vorübergehend auch Chademas Präsidentschaftskandidaten Tundu Lissu. Der 52-jährige Rechtsanwalt fand inzwischen Zuflucht in der Residenz der deutschen Botschafterin in Daressalam, Regine Heß: Er genieße „die deutsche Gastfreundschaft“, sagte Lissu im Telefongespräch mit der FR.

Lissu, der vor drei Jahren nur äußerst knapp einen Mordanschlag überlebte, versuchte nach den von der Polizei vereitelten Protestversuchen am Montagmittag in das „Umoja-Haus“ in Daressalam zu gelangen: Dort sind mehrere westliche Botschaften, darunter auch die deutsche, untergebracht. Als ihm der Zutritt verweigert wurde, nahm ihn die Polizei vorübergehend fest. Einem internationalen Abkommen zufolge sei es den Sicherheitskräften allerdings verwehrt gewesen, den Oppositionschef abzuführen, hieß es in dessen Umkreis.

Lissu, der sich nach dem Attentatsversuch 2017 in Belgien insgesamt 27 Operationen unterziehen musste, fuhr anschließend in die Residenz der deutschen Botschafterin, wo er die Nacht verbrachte und sich auch am Dienstag noch aufhielt. Bei der Vernehmung vor dem Umoja-Haus habe ihm die Polizei einen „Umsturzversuch“ vorgeworfen, worauf in dem ostafrikanischen

Staat eine lebenslängliche Haftstrafe stehe.

Freeman Mbowe, der Vorsitzende der Chadema-Partei, stellte sich am Dienstag selbst der Polizei: Ihm wird sogar „Terrorismus“ vorgeworfen, was eine Freilassung auf Kautions bis zum Gerichtsverfahren ausschließt. Daniel El-Nshokaty, Repräsentant der Konrad Adenauer Stiftung in Tansania, sprach gegenüber der FR von einer „Säuberungskampagne“ der tansanischen Regierung: Bereits seit Jahren werden ihr schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Nach Angaben der tansanischen Wahlkommission erhielt der seit fünf Jahren regierende Magufuli bei der Abstimmung 84 Prozent der Stimmen, während Lissu lediglich auf 13 Prozent kommen sei. Allerdings sprechen sowohl die Opposition wie ausländische Beobachter:innen von massiven Manipulationen: Drei

Viertel ihrer Beobachter:innen sei der Zugang zu den Wahllokalen am vergangenen Mittwoch verwehrt worden, sagte Lissu. Nur an 10 000 von rund 80 000 Abstimmungsorten hätten die Chadema-Delegierten bis zur Auszählung der Stimmen bleiben können. Es gebe auch fotografische Beweise dafür, dass mit Stimmzetteln gefüllte Wahlurnen schon vor der Abstimmung in zahlreiche Wahllokale gebracht worden seien, fügte der Oppositionschef hinzu.



Tundu Lissu, 52, war Kandidat der Opposition bei den Wahlen in Tansania. RTR

Selbst der Chef der Beobachtergruppe der Afrikanischen Union (AU), der ehemalige nigerianische Präsident Goodluck Jonathan, habe das im Gespräch mit ihm be-

stätigt. Die AU behielt sich ein offizielles Urteil über den Wahlverlauf bislang vor: Ihr Bericht soll jedoch noch vor der Vereidigung Magufulis veröffentlicht werden, hieß es.

Sowohl Washington als auch London übten bereits Kritik am Verlauf des Urnengangs in Tansania: Angesichts zahlreicher Unregelmäßigkeiten und des angeblichen Ausmaßes des Siegs des amtierenden Präsidenten John Magufuli seien „ernsthafte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Abstimmung“ angebracht, teilte die US-Botschaft in Daressalam mit.

Chadema verlangt eine Wiederholung des umstrittenen Urnengangs: Westliche Regierungen sollten sich dieser Forderung mit „diplomatischem und wirtschaftlichem Druck“ anschließen, sagte Lissu. „Ihr könnt doch nicht zulassen, dass Magufuli das Spiel der Chinesen spielt.“

ANZEIGE

Müller
mehr für mich

20%
AUF SPIELWAREN, GAMES²⁾ sowie Zeichentrick- und Animationsfilme von Disney³⁾ vom 1.-8. November

Produktbeispiele

¹⁾ 20% des Verkaufspreises werden direkt an der Kasse abgezogen. Der Rabatt wird im Onlineshop bereits im Verkaufspreis berücksichtigt. Nicht kombinierbar mit anderen Aktionen (z.B. Coupons, %-Aktionen, Naturrabatt). Ausgenommen sind folgende Artikel: Bücher, Hörbücher/-spiele, Zeitschriften, Depesche, Nici, Elektro scooter, Gutscheinkauf, Network / Online Karten, Prepaid-Karten, Tablets, Spielkonsolen / VR-Brillen von z.B. Nintendo, Sony und Microsoft, Spielkonsolen-Zubehör, Merchandising-Artikel, Pfand und andere preisgebundene Artikel. Nur solange der Vorrat reicht. Keine Barauszahlung.

²⁾ Für Konsolen & PC • DVD und Blu-ray

Ouattara bleibt Präsident der Elfenbeinküste

Opposition erkennt Ergebnis nicht an

In der Elfenbeinküste ist Präsident Alassane Ouattara zum Wahlsieger erklärt worden. Der 78-Jährige sei am Samstag mit 94,27 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden, teilte die Wahlkommission am Dienstag mit. Demnach könnte Ouattara seine dritte fünfjährige Amtszeit antreten. Mehrere Oppositionsparteien kündigten an, das Ergebnis nicht zu akzeptieren. Sie wollen nun einen Übergangsrat gründen, der transparente Neuwahlen organisieren soll.

Zwei Oppositionskandidaten hatten zum Wahlboykott aufgerufen, da sie eine dritte Amtszeit Ouattaras für verfassungswidrig halten. Die Partei des Präsidenten hatte indes erklärt, die Verfassung sei inzwischen geändert worden, deshalb beginne die Zahlung der Amtszeiten von vorne. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 53,9 Prozent.

Der stärkste Oppositionskandidat, Bertin Kouadio Konan, bekam laut dem vorläufigen Endergebnis 1,99 Prozent der Stimmen. Der schwächste Kandidat, Pascal Affi N'Guessan, (0,99 Prozent) hatte vor der Bekanntgabe gewarnt, eine dritte Amtszeit Ouattaras könne einen Bürgerkrieg auslösen. Beide Politiker hatten zum Wahlboykott aufgerufen.

Im Umfeld der Wahl hatte es wiederholt Zusammenstöße zwischen den Gefolgschaften von Regierung und Opposition gegeben, bei denen Menschen zu Tode kamen. Im westafrikanischen Land Elfenbeinküste leben knapp 26 Millionen Menschen. Das Land ist der größte Kakaoproduzent der Welt. 2010 war es dort nach einer Wahl zu Auseinandersetzungen mit rund 3000 Toten gekommen, als Amtsinhaber Laurent Gbagbo seine Wahlnerlage gegen Ouattara zunächst nicht akzeptieren wollte. epd

NACHRICHTEN

UN warnen Kriegsparteien in Berg-Karabach

Häuser zerstört, Straßen zerbombt und Einwohner in die Flucht getrieben – solche „wahllosen“ Angriffe auf Wohngebiete könnten Kriegsverbrechen darstellen, warnte UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachetelet am Montag Armenien und Aserbaidschan. Deren Armeen kämpften seit Wochen wieder um die Region Berg-Karabach. afp

Tödliche Guerilla-Aktion in Äthiopien

Die äthiopische Rebellenarmee Oromo Liberation Army soll bei einem Angriff am Sonntag im westlichen Gebiet Wollega mindestens 32 Zivilisten getötet haben. Amnesty International bezifferte die Opferzahl mit 54. Die Menschenrechtskommission teilte mit, die Attacke habe sich gegen Mitglieder der Volksgruppe der Amhara gerichtet. afp

Korruptionsvorwürfe gegen Perus Präsident

Der peruanische Präsident Martín Vizcarra muss sich einem weiteren Amtsenthebungsverfahren stellen. Das Parlament stimmte am Montag für ein Procedere zur Absetzung des Staatschefs. Ihm soll „moralische Unfähigkeit“ angelastet werden. Das neue Verfahren wird sich auf von mehreren Unternehmern erhobene Anschuldigungen beziehen, von denen Vizcarra Geld gefordert haben soll. afp

Philippinen: Seegefecht mit Islamisten

Das philippinische Militär hat bei einem Gefecht auf See sieben mutmaßliche Islamisten getötet. Sie seien in der Provinz Sulu auf einem Rennboot unterwegs gewesen, sagte der örtliche Militärsprecher Corleto Vinluan Jr. am Dienstag. Sie sollen zur Terrorgruppe Abu Sayyaf gehören, die für viele Angriffe und Entführungen auf den Philippinen verantwortlich gemacht wird. dpa